

Editorial von Manfred Jeub

Im Zentrum dieses Rundbriefes steht wieder einmal das Thema Israel/Palästina, denn die Frühjahrssynode der Badischen Landeskirche hat zu der Eingabe des FFE, auf den Hilferuf der palästinensischen Mitchristen zu reagieren, jetzt einen Beschluss gefasst.

Es sei an die Ursprünge erinnert: Am 24.11.2018 widmete sich der FFE-Studientag dem Thema „Deutschlands Beitrag zu einem gerechten Frieden in Palästina/Israel“. (Ein Referent, der uns damals beeindruckte, war Professor Rolf Verleger, der, keine 70 Jahre alt, am 8. November 2021 verstarb. Seiner gedenken wir in diesem Heft mit einem Nachruf.) Auf jenem Studientag wurde eine Eingabe an die Landessynode beschlossen, die der Leitungskreis im März 2019 realisierte. Die Herbstsynode 2019 nahm sie an. Die weiteren Schritte wurden u.a. durch Corona verzögert. So fand der beschlossene synodale Fachtag mit einjähriger Verspätung am 9. Juli 2021 statt, aber auch die Herbstsynode 2021 nahm das Thema noch nicht auf. Wir fragten nach und wurden hellhörig, wie die Intention unserer Eingabe inzwischen durch eine synodale Arbeitsgruppe verbogen wurde. Der Versuch einer Kontaktaufnahme blieb ohne Resonanz. Daraufhin versuchte der Leitungskreis, mit einem Schreiben an die Synodalen noch vor der Frühjahrstagung auf die Problematik aufmerksam zu machen. Wir dokumentieren die Vorgänge.

Ein Anglizismus macht derzeit Karriere: *Cancel Culture* – gemeint ist das Skandalisieren von Personen, Positionen oder Themen, um sie aus dem öffentlichen Diskurs auszuschließen. Proisraelische Kampagnen betreiben sie zunehmend aggressiv. Im kirchlichen Raum sah sich die Evangelische Hochschule Freiburg unlängst damit konfrontiert. Ein Bericht aus Freiburg.

Der jüdische New-York-Times Korrespondent und Politologe Peter Beinart nahm vom 9. – 12. Juni 2022 an der Konferenz „Hijacking Memory. Der Holocaust und die neue Rechte“ im Haus der Kulturen in Berlin teil. Seine Impressionen nach diesem Deutschlandbesuch hat er auf seinem Blog festgehalten. Die Lektüre täte manchem (Kirchen) Politiker bei uns gut.

Es gibt nicht viele Beispiele, dass die himmelschreiende Menschenrechtslage der Palästinenser an der Basis der evangelischen Kirche Widerhall findet, aber es gibt sie. Unser Leitungskreismitglied Johannes Maier stellt ein gemeindliches Seminar in Waldkirch vor, das sich mit dem *Cry for hope* beschäftigt hat. Vielleicht hat diese Initiative sogar die Chance auf der Karlsruher Weltkirchenkonferenz in Erscheinung zu treten.

Stark beschäftigt uns weiterhin der Ukrainekrieg und seine Auswirkungen. Die Planungen für den Studientag „Die Friedensbewegung und die ‚Zeitenwende‘“ am 5. November 2022 schreiten voran. Zehn der eingeladenen Friedensinitiativen haben inzwischen zugesagt, an den Podien teilzunehmen. Um frühzeitige Anmeldungen bei Dr. Dirk-M. Harmsen, Mail: dharm@web.de, Tel.: 0721-685289 wird gebeten.

Unser FFE-Mitglied Dr. Theodor Ziegler, der sein Engagement auf die Initiative „Sicherheit neu denken“ konzentriert, hat eine sehr bedenkenswerte Thesenreihe zum Ukrainekrieg verfasst, die wir zur Diskussion stellen wollen.

Stark scheint derzeit das Bedürfnis von Theologen und Kirchenvertretern, mit kriegslegitimierenden Äußerungen an die Öffentlichkeit zu treten. Dabei wird gern versucht, Anleihen bei der Autorität ausgerechnet Dietrich Bonhoeffers zu machen. Der ehemalige Rektor der Evangelischen Hochschule Freiburg Reiner Marquard tat dies mit einem Gastbeitrag in der Badischen Zeitung unter dem Titel „Mit dem Schlimmen das Schlimmere verhüten“: <https://www.badische-zeitung.de/mit-dem-schlimmen-das-schlimmere-verhueten--211378965.html>. Meine Replik „Nicht mit Bonhoeffer!“ mochte die BZ nicht abdrucken. Interessiert zeigte sich aber der Dietrich-Bonhoeffer-Verein, der die Kontroverse in die gerade erscheinende Ausgabe seiner Zeitschrift „Verantwortung“ aufgenommen hat.

Inhalt

<i>Editorial</i> von Manfred Jeub	1
<i>Die Eingabe des FFE an die Badische Landessynode – und ihre empörende Behandlung. Der Vorgang in Dokumenten</i>	3
1. <i>Brief des Leitungskreises Forum Friedensethik an die Landessynodalen im Vorfeld der Frühjahrssynode 2022 (24.03.2022)</i>	3
2. <i>Bescheid des Synodalpräsidenten Wermke an die Initiatoren der Eingabe Dr. Harmsen und Dr. Wille (18.05.2022)</i>	5
3. <i>Offener Brief des Leitungskreises Forum Friedensethik an den Präsidenten der Landessynode, Herrn Axel Wermke (24.06.2022)</i>	8
4. <i>Antwortschreiben des Präsidenten der Landessynode Axel Wermke an die Dres Harmsen und Wille (29.06.2022)</i>	9
<i>Evangelische BDS-Hochschule geoutet! Protokoll einer widerwärtigen Kampagne. von Manfred Jeub (22.06.2022)</i>	10
<i>Was die Deutschen den Palästinensern und Juden schulden</i> von Peter Beinart (14.06.2022).....	11
<i>„Wir dürfen nicht schweigen...“ Eine Stimme von der kirchlichen Basis</i> von Johannes Maier (29.04.2022)	14
<i>Kritik an Israels Politik aus dem jüdischen Gebot der Nächstenliebe heraus. Ein Nachruf auf Rolf Verleger</i> von Arn Strohmeyer (11.11.2021).....	15
<i>Der Ukrainekrieg aus pazifistischer Sicht</i> von Dr. Theodor Ziegler (09.06.2022) ..	17
<i>Nicht mit Bonhoeffer! Eine Replik zu Reiner Marquards Gastbeitrag in der Badischen Zeitung vom 6.04.2022</i> von Manfred Jeub (24.04.2022).....	18
<i>Geschichte und Frieden Leseempfehlung</i> von Heribert Prantl (26.06.2022)	19
<i>Impressum</i>	20

Die Eingabe des FFE an die Badische Landessynode – und ihre empörende Behandlung. Der Vorgang in Dokumenten

1. Brief des Leitungskreises Forum Friedensethik an die Landessynodalen im Vorfeld der Frühjahrsynode 2022 (24.03.2022)

FFE c/o Dr. Dirk-M. Harmsen
Bertha-von Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe

An die Mitglieder der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden
über Herrn
Synodalpräsident Axel Wermke

Evangelischer Oberkirchenrat
Blumenstr. 1 - 7
76133 Karlsruhe

Per Post und per Email an
axel.wermke@ekiba.de

Karlsruhe, den 24.03.2022

Bitte um Stellungnahme zu den sieben Handlungsvorschlägen des „Cry for Hope“, des Hilferufs der palästinensischen Christen an die Kirchen der Welt vom 01.07.2020, und zu der Eingabe des FFE vom 13.03.2019

Sehr geehrte Mitglieder der Badischen Landessynode,

am 13.03.2019 erfolgte eine Eingabe des Forums Friedensethik an die Landessynode, sich nach fast 10 Jahren noch einmal mit dem Kairos Palästina Dokument zu befassen. Auf der Herbstsynode 2019 berichtete Dr. Schalla für den zuständigen Ausschuss und am 23.10.2019 beschloss die Synode für den Sommer 2020, dass „*mindestens ein synodaler Fachtag für das öffentliche Gespräch und die synodale Meinungsbildung durchgeführt wird.*“

Der Beschluss lautet des Weiteren: „*Der Evangelische Oberkirchenrat wird gebeten, der neuen Landessynode für die Herbsttagung 2020 die Problematik erneut vorzulegen. Die Einsichten aus den internen Gesprächen und der Fachtagung sollen zusammengetragen und das Verfahren der weiteren Bearbeitung verabredet werden, insbesondere auch die Möglichkeit der Abgabe*

einer Positionierung bzw. Erklärung im Rahmen der Frühjahrsynode 2021 bedacht werden.“

Dieser Zeitplan geriet durch die Corona-Pandemie in Verzug.

Aufgrund der sich weiter zuspitzenden Lage in Palästina erneuerten die palästinensischen Christen ihren Hilferuf an die Kirchen der Welt. Dieser „Cry for hope“ wurde unserem Landesbischof im Juni 2020 persönlich übergeben, der in einem Brief vom 10.10.2020 dem General Coordinator of Global Kairos for Justice, Herrn Rifat Kassis, antwortete und schrieb:

„Die Erstveröffentlichung des Kairos-Dokuments liegt nun 10 Jahre zurück. Aufgrund einer Eingabe wird sich darum die Landessynode mit dem „Schrei der Hoffnung“ der palästinensischen Christen auf ihrer nächsten oder übernächsten Tagung beschäftigen und sich damit vertieft den dahinterstehenden Anliegen zuwenden. Ihr Schreiben vom 25. Juni mit seinen sieben Handlungsvorschlägen wird in diese Gespräche einfließen. Über die Ergebnisse der Diskussions- und Entscheidungsprozesse werden wir Sie informieren.“

Das avisierte Fachgespräch fand dann ein Jahr später am 9. Juli 2021 unter leider sehr schwacher Beteiligung von Synodalen online statt. Das FFE hat dort seine zweieinhalb Jahre alte Eingabe aktualisiert. Inzwischen haben einige andere Kirchen Entschlüsse zum „Cry for Hope“ gefasst. Unsere US-amerikanische Partnerkirche hat „die Unterdrückung des palästinensischen Volkes“ zu einer theologischen Status-confessionis-Frage erklärt und folgt den Handlungsvorschlägen des „Cry for Hope“ weitgehend.

Der Leitungskreis des Forums Friedensethik hat mit Schreiben vom 04.11.2021 an den Landesbischof und die Mitglieder des Kollegiums die zugesagte synodale Erklärung zu Kairos Palästina noch einmal angemahnt. Daraufhin hat in einem Telefonat am 12.11. OKR Dr. Kreplin dem

Leitungskreismitglied Dr. Harmsen mitgeteilt, eine synodale Arbeitsgruppe würde eine Erklärung der Landessynode ausarbeiten. Federführend sei Dekan Dr. Schalla. An ihn möge er sich um nähere Auskunft wenden. Wir haben im Januar 2022 Herrn Dr. Schalla gebeten, ein Schreiben an die befasste synodale Arbeitsgruppe weiterzuleiten, in dem wir die Intention unserer Eingabe noch einmal verdeutlicht und auf die Antwort unserer US-amerikanischen Partnerkirche UCC auf den „Cry for hope“ aufmerksam gemacht haben. In diesem Schreiben haben wir auch auf unsere Kritik an dem Gesprächsimpuls aus fünf Landeskirchen „Israel-Palästina. Leitgedanken und erläuternde Thesen“ hingewiesen¹, der auf den Hilferuf aus Palästina überhaupt nicht eingeht und keinesfalls eine synodale Antwort ersetzen kann, da er eine völlig andere Provenienz und Zielrichtung hat. Im Februar haben wir dann Herrn Dr. Schalla um Auskunft über den Stand der Dinge bei unserer Eingabe gebeten.

Daraufhin bekamen wir am 9.03.2022 von Herrn Dr. Schalla die folgende Antwort:

„Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Beschlusses der Landessynode wird dieser vorschlagen, nicht eine Erklärung zu verfassen, sondern einen längeren Dialogweg (wahrscheinlich über 4 Jahre) in der Breite der Landeskirche zu verabreden. Auf diesem Weg sollen Begegnungen und Meinungsbildung mit den verschiedenen Akteuren gesucht werden. Z.B. ist daran gedacht, eine Gastprofessur für TheologInnen aus Palästina zu ermöglichen. Im Rahmen des Dialogweges werden sicher auch die Materialien der FFE eine besondere Rolle spielen. Ob die Landessynode sich diesen Vorschlag zu eigen macht, werden wir sehen. Es ist aber wahrscheinlich.“

Uns hat diese Auskunft außerordentlich befremdet, denn wir erkennen in diesem Vorhaben die Behandlung unserer Eingabe nicht mehr wieder, die darum bat, sich den Anfragen der palästinensischen Mitchristen zu stellen. Auch sehen wir bei dem, was Herr Dr. Schalla uns jetzt schreibt, den o. g. Beschluss der Vorgängersynode vom 23.10.2019 nicht umgesetzt. Warum sollte die dort für Frühjahr 2021 ins Auge gefasste „Abgabe einer Positionierung bzw. Erklärung“ ein ganzes Jahr später nicht möglich sein? Sie ist doch durch den zwischenzeitlich erfolgten *Cry for hope* nur noch dringlicher geworden. Wir sehen auch die daraufhin gemachten Zusagen des Landesbischofs gegenüber dem Vertreter der Christen in Palästina nicht eingelöst. Die Lage in Israel-

Palästina hat sich nicht etwa verbessert, sondern verschlechtert, wie der Exekutivausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen in seiner „*Erklärung zu den neuesten Entwicklungen in Palästina und Israel*“ vom 17.11.2021² feststellt.

Der ÖRK, der im Sommer bei uns zu Gast sein wird, „*appelliert erneut an das Gewissen der Welt angesichts der unaufhörlichen militärischen Besetzung der palästinensischen Gebiete und der andauernden Marginalisierung und Behinderung von legitimen palästinensischen Bestrebungen nach der gleichen Menschenwürde und den gleichen Menschenrechten.*“ – und die Synode der Badischen Kirche kann dazu keine Worte finden?

Wir bitten Sie, bei der Frühjahrssynode 2022 darauf zu sehen, dass Beschlussvorlagen zu unserer Eingabe dem Auftrag im Zwischenbescheid und der Ankündigung des Landesbischofs entsprechen, nämlich sich mit dem dringlichen Appell der palästinensischen Christen an uns und ihren Handlungsvorschlägen (s. Anlage) auseinander zu setzen und ihnen eine Antwort darauf zu geben. Bitte sorgen Sie dafür, dass unsere Landeskirche dieser Verantwortung nicht ausweicht!

Mit freundlichen Grüßen, auch im Namen unserer Kollegen im FFE-Leitungskreis,

Ihre

Dr. Wilhelm Wille

Dr. Dirk M. Harmsen

¹ https://www.ekiba.de/media/download/integration/418551/2022_01_22-stellungnahme-zu-leitgedanken-schlussfassung.pdf

pdf

² <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/statement-on-recent-developments-in-palestine-andisrael>

ANLAGE

„Als Christen und Palästinenser wenden wir uns an...unsere christlichen Brüder und Schwestern in den Kirchen in aller Welt“, heißt es im Kairos Palästina Dokument von 2009. 2017, acht Jahre später, schrieb die Nationale Koalition Christlicher Organisationen in Palästina in ihrem Offenen Brief an den ÖRK und die ökumenische Bewegung: „Die Lage ist mehr als dringlich. Wir stehen an der Schwelle eines katastrophalen Kollapses. Dies ist nicht eine Zeit für schale Diplomatie, ihr Christen!“ Jetzt, nach weiteren drei Jahren, ist dies ein Hoffnungsschrei an unsere Brüder und

Schwestern in aller Welt. Wir laden unsere Mitchristinnen und Mitchristen, Ortsgemeinden, Kirchen und internationale ökumenische Organisationen ein, unser gemeinsames Zeugnis anzunehmen und zu beantworten, dem Prozess des Bekennens beizutreten und selber Prozesse zu initiieren mit dem Ziel, die Unterdrückung der Palästinenser und Palästinenserinnen sowie den Missbrauch der Bibel zur Rechtfertigung dieses Unrechts in aller Form zu verwerfen und sich zu folgenden Aktionen zu verpflichten:

1 Prozesse auf lokaler, konfessioneller und ökumenischer Ebene zu initiieren, um den gegenwärtigen Kairos und die dringende Pflicht zur Entscheidung und zum Handeln angesichts der Entrechtung der Palästinenser und des Missbrauchs der Bibel zu diesem Zweck zu erkennen. Damit wird die Einheit der Kirche im engagierten Aufstehen gegen Unrecht, wo immer es geschieht, zum Ausdruck kommen.

2 Theologien und Bibelverständnisse zu studieren und kritisch zu beurteilen, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung des palästinensischen Volks benutzt werden. Eine Theologie vorzustellen, die prophetisch zu einer inklusiven Vision des Landes für Israelis und Palästinenser aufruft und so bekennt, dass der Schöpfergott ein Gott der Liebe, der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, nicht aber der Diskriminierung und Unterdrückung ist.

3 Das palästinensische Recht zum Widerstand gegen die Besatzung, Enteignung und Entzug ihrer Grundrechte zu bekräftigen und an die Seite der Palästinenser in ihrem kreativen und gewaltfreien Widerstand zu treten. Der palästinensische Aufruf zum Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) von 2005 bietet einen Rahmen für ökonomische, kulturelle und akademische Maßnahmen und für politische Interventionen als gewaltfreie Mittel, die Besatzung und

Unterdrückung zu beenden. Der Zweck von BDS ist nicht, Israel zu bestrafen oder zu isolieren. Vielmehr geht es darum, Druck auf Israel auszuüben, sich an das Völkerrecht zu halten und Regierung und Volk aufzurufen, im Geist des Wortes Gottes auf den Weg der Gerechtigkeit und des Friedens zu treten und so für das eigene Recht und das der Palästinenser einzustehen.

4 Die Regierungen und internationalen Institutionen aufzufordern, politische, diplomatische und wirtschaftliche Mittel einzusetzen, um Israels Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts zu beenden.

5 Dem Antisemitismus durch Arbeit für Gerechtigkeit und gegen Antijudaismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ebenso wie der Gleichsetzung von Kritik am Unrechthandeln des Staates Israel mit Antisemitismus entgegenzutreten.

6 Gemeinsame Initiativen von Israelis und Palästinensern sowie interreligiöse Partnerschaften zu unterstützen, die gegen Apartheid und Besatzung kämpfen und Gelegenheiten schaffen, für eine gemeinsame Zukunft gegenseitigen Respekts und der Würde einzutreten.

7 „Kommt und seht“ die Realität im Heiligen Land mit Augen, die Mitgefühl für die Leiden der Palästinenserinnen und Palästinenser haben. Übt Solidarität mit Basisinitiativen in allen Glaubensgemeinschaften und säkularen Gruppen, die der Besatzung den Kampf ansagen und für gerechten Frieden arbeiten.

Aus: Schrei nach Hoffnung: Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln. Erklärung von Kairos Palästina und der weltweiten Koalition „Globaler Kairos für Gerechtigkeit“, veröffentlicht am 1. Juli 2020

2. Bescheid des Synodalpräsidenten Wermke an die Initiatoren der Eingabe Dr. Harmsen und Dr. Wille (18.05.2022)

Der Präsident der Landessynode
Axel Wermke
Blumenstraße 1 -7, 7 6133 Karlsruhe
Landessynode@ekiba.de
Telefon 0721 9175-150
Telefax 0721 9175-25-151

Herrn
Dr. Dirk-Michael Harmsen
Bertha-von-Suttner-Str. 3a
76139 Karlsruhe

Eingabe betr. betr. der erneuten Befassung mit dem Kairos-Palästina Dokument

Karlsruhe, 18. Mai 2022

Sehr geehrter Herr Dr. Harmsen,

die Landessynode hat in ihrer Sitzung vom 30. April den Bericht des Bildungs- und Diakonieausschusses zur Eingabe von Dr. Wilhelm Wille und Dr. Dirk M. Harmsen vom 13. März 2019 betr. Kairos-Palästina-Dokument entgegengenommen und den anliegenden Beschluss gefasst.

Zu Ihrer Information erhalten Sie als Anlage den Bericht des Bildungs- und Diakonieausschusses

Mit freundlichen Grüßen

Axel Wermke

Anlagen

Beschluss der Landessynode

Bericht und Beschlussvorschlag des Bildungs- und Diakonieausschusses, Berichterstatter Synodaler Dr. Schalla

Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden

Betreff: Dialogweg Kairos-Palästina: „Mit den palästinensischen Geschwistern unterwegs“

Beschluss:

Die Landessynode hat am 30. April 2022 den Dialogweg „Mit den palästinensischen Geschwistern unterwegs“ in der Evangelischen Landeskirche in Baden beschlossen.

Es wurden folgende Begleitbeschlüsse gefasst:

1. Die Landessynode ermutigt Kirchenbezirke, Gemeinden, Werke und Dienste der Evangelischen Landeskirche in Baden, die Themen des Dialogweges aufzugreifen und aktiv in die Dialoge und Kooperationen vor Ort einzubringen. Der Evangelische Oberkirchenrat wird gebeten, dabei angemessen zu unterstützen.
2. Für die Begleitung des Dialogweges wird eine synodale Lenkungsgruppe unter Beteiligung der zuständigen Fachabteilungen des Evangelischen Oberkirchenrats eingesetzt.
3. Die synodale Lenkungsgruppe wird gebeten, für die Herbsttagung 2022 der Landessynode ein möglichst detailliertes Programm für den Dialogweg und den voraussichtlichen Finanzbedarf zur Beratung vorzulegen.

Karlsruhe, den 18. Mai 2022

Axel Wermke
(Präsident der Landessynode)

Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden

Sitzung am Samstag, den 30. April 2022

Berichterstatter: Synodaler Dr. Schalla

Betreff: Bericht des Bildungs- und Diakonieausschusses: Kairos-Palästina

Synodaler Dr. Schalla, Berichterstatter:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Schwestern und Brüder,

die 13. Landessynode hat eine synodale Arbeitsgruppe eingesetzt, um die erneute Befassung der Landessynode mit dem Aufruf der palästinensischen Christinnen und Christen aus dem Jahr 2009 vorzubereiten.

Ursprünglich sollte die synodale Arbeitsgruppe eine Erklärung vorbereiten, mit der die Landessynode auf die Lage der palästinensischen Christinnen und Christen im Heiligen Land Stellung nimmt und auf die Bitte um Unterstützung antwortet. Schnell wurde aber in unseren Beratungen deutlich, dass eine weitere Erklärung der Landessynode ein zu einfacher Weg wäre und der Komplexität der Fragen nicht gerecht würde.

Stattdessen schlägt die Arbeitsgruppe vor, einen längeren Dialogweg zu initiieren, den die Landessynode an der Seite der palästinensischen Geschwister in den kommenden zwei Jahren gehen möge. Das Ziel des Dialogweges ist, die intensive Beschäftigung mit dem Anliegen des Kairos-Palästina-Dokuments auf allen Ebenen unserer Landeskirche zu ermöglichen.

Ich stelle Ihnen nachfolgend für den Bildungs- und Diakonieausschuss den Vorschlag zum Dialogweg der synodalen Arbeitsgruppe und den Beschlussvorschlag sowie die Begleitbeschlüsse hierzu vor. Auch alle anderen ständigen Ausschüsse der Landessynode haben sich mit dem Vorschlag im Rahmen der Ausschusssitzungen befasst.

Mit den palästinensischen Geschwistern unterwegs. Ein Begegnungs-, Dialog- und Lernweg, angestoßen und begleitet durch die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden.
Der Ausgangspunkt:

In seiner Eingabe vom 13. März 2019 an die 12. Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden bittet das „Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ die Landessynode, „sich erneut mit dem Kairos-Palästina-Dokument zu befassen.“

Dieses Dokument palästinensischer Christen wurde 2009 als ein „Schrei der Hoffnung“ an die eigene Gesellschaft und an die Kirchen weltweit veröffentlicht und erhielt eine breite Resonanz. Aufgrund der politischen Entwicklungen hat der Aufruf bis heute nichts an seiner Bedeutung verloren.

Der Grundgedanke des Dialogweges:

Die 13. Landessynode nimmt den Impuls der Eingabe auf und macht sich auf den Weg, den Ruf der christlichen Geschwister in Palästina zu hören, tiefer zu verstehen, Perspektivwechsel einzuüben und in den Dialog zu bringen mit unserem Kontext, für den die christlich-jüdischen Beziehungen in der Folge der Shoah grundlegend sind und bleiben. Im Wissen um die Komplexität des israelisch-palästinensischen Konflikts verzichtet die Landessynode damit (zunächst) darauf, die Herausforderungen, die die Thematik darstellt, durch ein schriftliches Statement zu beantworten. Sie schlägt vielmehr einen Weg des ökumenischen Lernens ein, der auf Begegnung, Dialog und theologischen Austausch gründet - auch mit anderen Landeskirchen und im Rahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland. Das Positionspapier „Israel-Palästina. Leitgedanken und erläuternde Thesen. Ein Gesprächsimpuls aus den fünf Landeskirchen Baden, Hessen und Nassau, Pfalz, Rheinland sowie Westfalen“ kann die Landessynode als Formulierung der theologischen Grundanliegen auch für den Dialogweg als Bezugspunkt in Anspruch nehmen.

Der Zeitrahmen:

Beginnend mit der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Karlsruhe im September 2022 erstreckt sich der Prozess in zwei Abschnitten voraussichtlich bis zur Herbstsynode 2024. Eine Konsultation auf der Hälfte des Weges soll ein Zwischenfazit ziehen: Was haben wir bisher gesehen und gelernt? Wo stehen wir? Wie geht es aufgrund unserer Erkenntnisse weiter? Dementsprechend wird zunächst die erste Hälfte des Prozesses geplant, danach die zweite.

Die Auftaktveranstaltung für den Dialogweg:

Zwei Stunden im Rahmen der Herbsttagung 2022 der Landessynode - zum Beispiel als Abendveranstaltung mit Podium: Landesbischöfin, Gäste aus Palästina und Israel – mit Streaming-Angebot in die Evangelische Landeskirche in Baden und in die Welt.

Mögliche Formate des Dialogweges: Denkbar wären zum Beispiel Begegnung und Austausch in Palästina und Israel sowie mit Gästen von dort hier in Baden, geschwisterliche Besuche bei Christen in Palästina und Israel, Vorträge, Dialoge (öffentliche und

geschlossene) mit Vertretern verschiedener Organisationen, mit jüdischen Gemeinden bzw. Juden in Deutschland und Israel und mit ökumenischen Partnern, Gastdozentur eines palästinensischen Theologen an der Evangelischen Hochschule in Freiburg (Institut für Friedenspädagogik), Einladung von Gästen zur Landessynode und in die Kirchenbezirke usw. Welche Formate realisiert werden, muss noch im Rahmen der Gesamtplanung des Dialogweges entschieden werden und steht insbesondere unter Finanzierungsvorbehalt der Landessynode.

Es wird die Idee verfolgt, alle diesbezüglichen Aktivitäten der Evangelischen Landeskirche in Baden (Yad-Vashem-Studienprogramm von Religionslehrkräften, Pilger- und Studienreisen aus den verschiedenen Feldern der Landeskirche, Pfarrkollegs, jüdisch-christliche Aktivitäten, Angebote der Evangelischen Erwachsenenbildung, Weltgebetstag der Frauen aus Palästina in 2024, Friedenslicht der Pfadfinder aus Bethlehem etc.) und die bestehenden internationalen ökumenischen Beziehungen der Evangelischen Landeskirche in Baden in die Region (unter anderem über das Evangelische Missionswerk Südwestdeutschland) in einen möglichst kohärenten Gesamtprozess zu integrieren. Ob bzw. wie weit die Erzdiözese Freiburg bzw. benachbarte Landeskirchen punktuell einbezogen werden könnten, wäre zu prüfen.

Für die Steuerung soll eine Lenkungsgruppe aus vier Synodalen und drei Personen aus den Fachabteilungen des Evangelischen Oberkirchenrates gebildet werden.

Die Eingabe des Forums Friedensethik gilt damit als aufgenommen und einer Bearbeitung zugeführt.

Ich verlese den Hauptantrag des Bildungs- und Diakonieausschusses:

Die Landessynode beschließt den Dialogweg „Mit den palästinensischen Geschwistern unterwegs“ in der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Und die Begleitbeschlüsse:

Die Landessynode ermutigt Kirchenbezirke, Gemeinden, Werke und Dienste der Evangelischen Landeskirche in Baden, die Themen des Dialogweges aufzugreifen und aktiv in die Dialoge und Kooperationen vor Ort einzubringen. Der Evangelische Oberkirchenrat wird gebeten, dabei angemessen zu unterstützen.

Für die Begleitung des Dialogweges wird eine synodale Lenkungsgruppe unter Beteiligung der zuständigen Fachabteilungen des Evangelischen Oberkirchenrates eingesetzt.

Die synodale Lenkungsgruppe wird gebeten, für die Herbsttagung 2022 der Landessynode ein möglichst detailliertes Programm für den Dialogweg und den

voraussichtlichen Finanzbedarf zur Beratung vorzulegen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

3. Offener Brief des Leitungskreises Forum Friedensethik an den Präsidenten der Landessynode, Herrn Axel Wermke (24.06.2022)

FFE c/o Dr. Dirk-M. Harmsen
Bertha-von Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe

Herrn
Axel Wermke
Präsident der Landessynode
Evangelischer Oberkirchenrat
Blumenstr. 1 - 7

76133 Karlsruhe

Per Post und per Email an
axel.wermke@ekiba.de

Karlsruhe, den 24.06.2022

Offener Brief an den Präsidenten der Landessynode der evangelischen Landeskirche in Baden, Herrn Axel Wermke

Sehr geehrter Herr Synodalpräsident Wermke,
Ihr auf den 18.05.2022 datiertes Schreiben, in dem Sie uns den Bericht des Bildungs- und Diakonieausschusses zu unserer Eingabe und den Beschluss der Landessynode zusenden, hat uns am 18.06.2022 erreicht. Wir danken Ihnen für die Information.

Wenn Berichterstatte Dr. Schalla der Synode vorträgt: „Die Eingabe des Forum Friedensethik gilt damit als aufgenommen und einer Bearbeitung zugeführt.“, so können wir aus unserer Sicht nur entschieden widersprechen.

Wir verweisen auf unser **Schreiben vom 24.03.2022 „An die Mitglieder der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden über Herrn Synodalpräsident Axel Wermke“**, dessen Schlussabschnitt lautet:

*„Wir bitten Sie, bei der Frühjahrssynode 2022 darauf zu sehen, dass Beschlussvorlagen zu unserer Eingabe dem Auftrag im Zwischenbescheid und der Ankündigung des Landesbischofs entsprechen, nämlich sich mit dem dringlichen Appell der palästinensischen Christen an uns und ihren Handlungsvorschlägen (s. Anlage) auseinander zu setzen und ihnen eine Antwort darauf zu geben. **Bitte sorgen Sie dafür, dass unsere Landeskirche dieser Verantwortung nicht ausweicht!**“*

Wir meinten über Ihre Geschäftsstelle den ordnungsgemäßen Weg zu gehen, mussten aber feststellen, dass der Brief an die Synodalen nicht weitergegeben wurde. Diese Vorgehensweise finden wir nicht in Ordnung.

Denn hätten die Synodalen diesen Appell der Initiatoren der Eingabe gekannt, in dem ausführlich dargelegt wird, warum die Landeskirche in der Pflicht ist, zum Hilferuf der palästinensischen Mitchristen endlich Stellung zu nehmen, so hätten sie sich gewiss nicht mit der lapidaren Auskunft zufriedengegeben, mit der sich die Arbeitsgruppe einfach über ihren Auftrag hinwegsetzt.

Im Bericht des Bildungs- und Diakonieausschusses zu unserer Eingabe heißt es: *„Ursprünglich sollte die synodale Arbeitsgruppe eine Erklärung vorbereiten, mit der die Landessynode auf die Lage der palästinensischen Christinnen und Christen im Heiligen Land Stellung nimmt und auf die Bitte um Unterstützung antwortet. Schnell wurde aber in unseren Beratungen deutlich, dass eine weitere Erklärung der Landessynode ein zu einfacher Weg wäre und der Komplexität der Fragen nicht gerecht würde.“*

„Eine weitere Erklärung der Landessynode“? – Es gibt bis dato gar keine Erklärung der Landessynode!

„Ein zu einfacher Weg“? – Ist nicht Antwortverweigerung der zu einfache Weg? Wir fragen: Kann denn eine Arbeitsgruppe erklärte Absichten der Vorgängersynode und gegebene Zusagen des Landesbischofs em. einfach über den Haufen werfen?

Mit großer Enttäuschung müssen wir jetzt feststellen: Die Landeskirche ist ausgewichen. Entgegen ihrer Zusage schweigt sie zum „Cry for hope“ und schiebt die fällige Antwort auf die lange Bank.

„Die 13. Landessynode nimmt den Impuls der Eingabe auf und macht sich auf den Weg, den Ruf der christlichen Geschwister in Palästina zu hören, tiefer zu verstehen...“

2009 (!) erstmalig angesprochen, macht man sich 2022 auf den Weg, den Ruf überhaupt „zu

„hören“? Vier weitere Jahre veranschlagt man, um „tiefer zu verstehen“, was der Weltkirchenrat, was Partnerkirchen, UN-Organisationen, Amnesty International als zunehmend unerträgliche Lage beschreiben? **Wir stellen fest: Das ist nicht der Impuls unserer Eingabe!**

Der angebotene Ersatz, ein sog. **Dialogweg**, wirkt, jedenfalls bis dato, diffus und unklar in seinen Zielen. Er lässt nicht erkennen, was auf dem **synodalen Fachtag im Juli 2021** gefordert wurde: Eine politisch-anwaltschaftliche Vertretung der unterdrückten Menschen in Palästina (advocacy) in der deutschen Öffentlichkeit. Dazu gehörte im vergifteten gesellschaftlichen Klima, in dem Bekundungen von Palästinasolidarität mit Antisemitismus-Verleumdungen überzogen werden, allerdings eine erhebliche Standfestigkeit und Konfliktbereitschaft. Zahlreiche Erfahrungen in der Vergangenheit lassen uns bezweifeln, dass diese aufgebracht werden. Beim jüngsten Vorgang, der Skandalisierung der Evangelischen Hochschule Freiburg im Mai, zeigte die Landeskirche zwar endlich die Gegenwehr, die man sich schon 2018 in Karlsruhe gewünscht hätte, letztendlich hielt man dem Druck aber doch nicht stand und sagte eine Veranstaltung mit der palästinensischen Friedensaktivistin Frau Dr. Sumaya Farhat-Naser ab. Wir stehen daher dem Dialogweg „Mit den palästinensischen Geschwistern unterwegs“ mit der großen Skepsis gegenüber, dass er eine Ersatzhandlung ist, die nicht hält, was sie verspricht. Keinesfalls kann er die Erklärung ersetzen, die unsere Eingabe fordert und die unsere Kirche schuldig ist.

Im Schreiben vom **13. März 2019**, mit dem wir Ihnen unsere Eingabe übermittelten, heißt es bereits:

„Wer öffentlich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten eintritt – den es nur geben kann, wenn die Menschenrechte aller Beteiligten und das Völkerrecht respektiert werden – wird schnell

des Antisemitismus verdächtigt und mundtot gemacht. (...) Es baut sich ein öffentlicher Druck auf, der leider auch unsere Landeskirche nicht verschont hat. (...) Wahrscheinlich wird dieser Druck auch auf der Landessynode lasten, wenn sie sich mit unserer Eingabe beschäftigt. Wir hoffen sehr, dass sie ihm standhält und ihr ein deutliches Wort konkreter ökumenischer Solidarität mit unseren palästinensischen Glaubensgeschwistern gelingt.“

Solange dieses Wort nicht erfolgt, können wir unsere Eingabe nicht als ernsthaft bearbeitet ansehen.

Deshalb wiederholen wir hiermit unsere Bitte vom 24.03.2022, dass die Landessynode schnellstmöglich, zum Beispiel zur Herbstsynode 2022 oder spätestens zur Frühjahrssynode 2023, eine Erklärung zum Thema unserer Eingabe verabschiedet und den palästinensischen Geschwistern antwortet - unabhängig vom stattdessen vorgeschlagenen Dialogweg.

Mit freundlichen Grüßen, auch im Namen aller FFE-Leitungskreismitglieder,



Dr. Dirk-M. Harmsen.

Dr. Wilhelm Wille

Nachrichtlich

Frau Landesbischöfin Prof. Dr. Heike Springhart
Herrn Oberkirchenrat Wolfgang Schmidt,
Herrn Kirchenrat Prof. Dr. Klaus Müller,
Herrn Dekan Dr. Thomas Schalla
an alle Landessynodalen

Anlage: Brief an alle Mitglieder der Landessynode EKiba vom 24.03.2022

4. Antwortschreiben des Präsidenten der Landessynode Axel Wermke an die Dres Harmsen und Wille (29.06.2022)

Sehr geehrter Herr Dr. Harmsen, sehr geehrter Herr Dr. Wille,

zunächst darf ich bedauern, dass die Antwort zu Ihrer Eingabe sich verzögerte, was wohl Krankheitsfällen zuzuschreiben ist.

Ihr damaliges Schreiben wurde den Mitgliedern des Ältestenrates zur Kenntnis gegeben, dieser hat sich für das Verfahren entschieden, das letztlich zu den Beschlüssen während der Frühjahrstagung der Landessynode führte. Dass Sie mit den Ergebnissen unserer Beratungen in einigen Punkten nicht zufrieden sind,

verstehe ich, erlaube mir aber darauf hinzuweisen, dass wir uns nach Überlegungen in den zuständigen Ausschüssen und nach Beschluss im Plenum für den nun eingeschlagenen Weg entschieden haben. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Bildungs- und Diakonieausschusses wird eine Arbeitsgruppe den weiteren Weg vorbereiten, wie es Ihnen im Bericht bereits mitgeteilt wurde. Die Arbeitsgruppe hat zwischenzeitlich sich zusammengefunden und mit ihren Beratungen begonnen.

Das oben beschriebene Vorgehen ist gemäß der Geschäftsordnung der Landessynode korrekt, auf den Beschluss der Synode habe ich

keinen Einfluss, doch die Pflicht, Eingebenen mitzuteilen, wie ihr Anliegen beraten und beschieden wurde.

Von einer inhaltlichen Stellungnahme zu Ihrem Schreiben vom 25.06. nehme ich Abstand, da der Verfahrensablauf beschlossen ist und ich hier nicht einzugreifen gedenke.

Ihr neuerliches Schreiben haben Sie zwischenzeitlich selbst an die Mitglieder der Landessynode weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Wermke

Evangelische BDS-Hochschule geoutet! Protokoll einer widerwärtigen Kampagne. von Manfred Jeub (22.06.2022)

In Freiburg hat es einen erneuten Fall von unbegründeter Antisemitismus-Skandalisierung gegeben. Betroffen war die Evangelische Hochschule, wo am 6.05.22 unter dem Titel „*Verschlossene Räume – Wo ist der Schlüssel?*“ ein Podiumsgespräch annonciert war zu dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das Veranstaltungen zum Thema BDS gegen staatliche Repressionen endgültig unter den Schutz des Grundrechtes auf Meinungsfreiheit gestellt hatte. Die Gesprächspartner waren Juristen, ein Antisemitismusforscher und Betroffene in dem Rechtsstreit.

Als hätte es noch einer Bestätigung bedurft, wie bedroht das thematisierte Rechtsgut ist, startete eine Woche zuvor der aggressive Israel-Lobbyist **Volker Beck** in den sozialen Medien eine seiner vielfach erprobten Rufmord- und Einschüchterungskampagnen. Aufhänger war die Teilnahme eines palästinensischen Vertreters (Palästina spricht) auf dem Podium, Beck denunzierte in weit gestreuten Postings aber alle Podiumsteilnehmer wahrheitswidrig als „*Who is who der deutschen BDS-Bewegung*“ und in einem Rundumschlag gleich die ganze Hochschule und die Badische Kirche mit. „*Der demokratische Anstand gebietet es, dass Hochschulleitung und Kirchenleitung eine solche antiisraelische Veranstaltung im kirchlichen Rahmen untersagen.*“ forderte er gegenüber epd. Der Antisemitismusbeauftragte BaWü, **Dr. Michael Blume**, assistierte: „*Es bedrückt mich nicht nur als Beauftragter gegen Antisemitismus, sondern auch als evangelischer Christ, dass an der EH Freiburg erneut auch im Namen meiner Kirche Antisemitismus gegen Israel propagiert wird.*“ Die Lokalpresse betätigte sich einmal mehr als Lautsprecher und steuerte in einem einseitigen Artikel noch die Bewertung der Vorsitzenden der

Deutsch-israelischen Gesellschaft Freiburg bei: „*Skandalös!*“

In einer Presseerklärung suchte sich die Hochschule zu verteidigen, Rektorin Renate Kirchhoff: „*Unsere Hochschule ist ein Ort, an dem Kontroversen austragen werden, und an dem dieses Austragen gelehrt und gelernt wird. Dazu gehört auch, sich mit Meinungen auseinanderzusetzen und diese auszuhalten, die selbst nicht geteilt werden. Wir setzen auf das direkte Gespräch und nicht auf Kommunikation, ohne die Betroffenen eines Themas einzubeziehen. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig ist für uns ein geeigneter Anlass, über den öffentlichen Umgang mit unterschiedlichen Auffassungen zu diskutieren.*“

Die Podiumsdiskussion ist Teil einer Veranstaltungsreihe, die öffentliche Diskursräume am Beispiel des Themenfelds Israel/Palästina in Deutschland öffnen und erweitern will. Und es soll zudem das solidarische Miteinander in der Anti-Diskriminierungsarbeit thematisiert werden. (...)

„*Gerade eine Hochschule sollte der Ort sein, an dem der Diskurs auch zu unbequemen und strittigen Themen geführt wird. Hochschulen sind Orte, an denen die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre gemäß Artikel 5 Grundgesetz rechtlich und organisatorisch gewährleistet wird. Wir an der Evangelischen Hochschule qualifizieren Menschen dafür, gesellschaftliche und globale Verantwortung für mehr Gerechtigkeit wahrzunehmen – auch hierunter fällt der Diskurs. Das ist seit jeher ein zentrales Instrument der evangelischen Kirche. Hierfür ist die Hochschule ein wesentlicher Akteur*“, sagt Rektorin Kirchhoff.

Die Badische Zeitung zeigte sich an dieser Gegendarstellung nicht interessiert.

Die Evangelische Hochschule hielt dem erzeugten Druck zunächst stand und bekam – anders als die Evangelische Akademie Bad Boll 2018 – Rückenstärkung durch ihre Kirchenleitung. Diese brachte zuerst auf die ekiba-Homepage, dann auch auf die Homepage der Freiburger Kirche übernommen, eine scharfe Zurückweisung:

Stellungnahme der Evangelischen Landeskirche in Baden vom 12.05.2022

Evangelische Landeskirche verwahrt sich gegen Vorwurf des Antisemitismus gegenüber der Evangelischen Hochschule

„Die Evangelische Hochschule (EH) Freiburg veranstaltete am 6. Mai 2022 ein Online-Panel unter dem Titel „Verschlossene Räume – Wo ist der Schlüssel?“ Gesprächsgegenstand war die Frage nach öffentlichen Diskursräumen zum Israel-Palästina-Konflikt unter Würdigung der aktuellen Rechtslage in Deutschland. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung, also noch vor Kenntnis der geäußerten Beiträge des Panels, wurde der Hochschule in pauschaler Weise Antisemitismus unterstellt.

Die Evangelische Landeskirche verwahrt sich nachdrücklich gegen diesen Vorwurf. Er ist sachlich vollkommen ungerechtfertigt und untergräbt die Glaubwürdigkeit, mit der die Landeskirche in ihrer Bildungsarbeit und anderen Arbeitsfeldern – unter anderem durch die Evangelischen Hochschule selbst – in der Überwindung von Antisemitismus und jeglicher Form von Rassismus vielfältig engagiert ist.

Die Landeskirche beobachtet in diesem Zusammenhang mit Sorge, wie der Begriff des Antisemitismus zunehmend an begrifflicher Schärfe verliert, indem er als sogenannter „israelbezogener Antisemitismus“ immer häufiger undifferenziert dazu benutzt wird, eine Diskussion der so bedrängenden Konfliktlage zwischen Israel und Palästina zu tabuisieren.

Wo auf beiden Seiten das Recht auf Leben in Freiheit bedroht und tangiert wird, sehen wir unsere Aufgabe als Kirche darin, Foren des offenen Diskurses anzubieten – ohne Vorverurteilungen und Schuldzuweisungen.“

Was die Deutschen den Palästinensern und Juden schulden von Peter Beinart (14.06.2022)

Wenn Sie glauben, dass die Debatte über Israel und Palästina in den Vereinigten Staaten düster ist, warten Sie, bis Sie hören, was in Deutschland passiert. Letzte Woche war ich dort auf einer bemerkenswerten

Es ist bezeichnend für die Kräfteverhältnisse, dass, selbst nach Aufforderung der Redaktion durch einen Landessynodalen, die Badische Zeitung sich weigerte, diese Klarstellung zu bringen. In den sozialen Medien kursierten Gerüchte von der BDS-Hochschule, an der jüdische Studierende nicht sicher seien. Bei Kooperationspartnern bekam die Hochschule die Wirkung der Diffamierungen zu spüren. Der Antisemitismusbeauftragte Blume setzte die Hochschulleitung weiter unter Druck, indem er die Teilnahme an einer schon angekündigten Veranstaltung zurückzog. Als nächste öffentliche Veranstaltungen in diesem Semester standen auf dem Programm am 25. Mai die palästinensische Friedenspädagogin Dr. Sumaya Farhat-Naser, die auf einer Lesereise mit ihrer Autobiografie „*Ein Leben für den Frieden*“ an der EH Freiburg Station machen sollte, und am 1. Juni ein „*Fachtag Antisemitismus an Schulen*“ in Kooperation von Hochschule, Schuldekanat Freiburg und der Israelitischen Kultusgemeinde Freiburg in der Synagoge. Ich fasse mich jetzt sehr kurz und faktisch: Die Veranstaltung mit der Palästinenserin wurde „wegen Terminproblemen“ kurzfristig abgesagt. Der Fachtag fand statt. Die Badische Zeitung machte durch ein Interview mit Schuldekan Dr. Stahmann am 25. Mai eigens auf ihn aufmerksam. Man darf gespannt sein, was aus der vorangekündigten Veranstaltung, aber aufs Wintersemester verschobenen Veranstaltung zum Amnesty-Report über Israels Apartheid wird.

Fazit

Dies ist nur einer von zahlreichen Vorfällen, die stets nach ähnlichem Muster ablaufen. FFE-Mitglieder werden sich der skandalösen Verhinderung des Vortrags „*Israels wahre und falsche Freunde*“ von Andreas Zumach in Karlsruhe 2018 erinnern. In Mannheim wurde Rolf Verleger (s. Nachruf) ein Auftritt im Bildungszentrum sancta clara verwehrt. Was wird im kirchlichen Raum künftig möglich sein? Bisherige Erfahrungen lassen wenig erwarten. Ist die o.g. Stellungnahme der Landeskirche Zeichen eines Wandels? Noch fällt es schwer sich vorzustellen, dass sie den palästinensischen Theologen Dr. Mitri Raheb für eine Gastdozentur an die EH Freiburg holt (s. Synodalbericht). Sie müsste dazu den Mumm haben, eine Schlammschlacht durchzustehen.

Konferenz mit dem Titel "Hijacking Memory: The Holocaust and The New Right" (Der Holocaust und die neue Rechte), auf der unter anderem die außergewöhnliche Zensur beschrieben wurde, mit der die

Befürworter der palästinensischen Rechte in Deutschland konfrontiert sind. Die Geschichten waren so alarmierend, dass ich zwei der Organisatoren der Konferenz, Emily Dische-Becker, eine in Berlin lebende Schriftstellerin, Forscherin und Kuratorin, und Susan Neiman, die Leiterin des Einstein-Forums, gebeten habe, an diesem Freitag um 12.00 Uhr ET, unserer üblichen Zeit, unsere Gäste im Zoom Call zu sein. Sie haben eine Menge zu erzählen. Wie üblich werden wir den Link an bezahlte Abonnenten am Mittwoch und das Video in der darauffolgenden Woche verschicken. Seien Sie dabei.

In Vorbereitung auf diesen Anruf werde ich versuchen, zu erklären, was in Deutschland schiefgelaufen ist und wie die Deutschen anders über ihre historische Last denken könnten.

Im Jahr 2019 verabschiedete der deutsche Bundestag eine Resolution, in der er erklärte, dass die Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel (BDS) in ihrer "Argumentation, ihren Mustern und Methoden" antisemitisch sei. In der Entschließung wird der Boykott Israels mit dem Judenboykott der Nazis verglichen - unter Hinweis auf die Tatsache, dass die Palästinenser die BDS-Bewegung ins Leben gerufen haben, weil sie "volle Gleichberechtigung" mit den Juden wollen, während die Nazis die Juden boykottierten, weil sie genau das Gegenteil wollten. Das deutsche Parlament forderte die deutsche Regierung außerdem auf, allen Gruppen, die BDS unterstützen oder Israel als jüdischen Staat ablehnen, die Finanzierung zu verweigern. Aus diesen Gründen haben einige der größten deutschen Städte den Befürwortern palästinensischer Rechte das Reden, Auftreten oder Ausstellen in Einrichtungen, die öffentliche Mittel erhalten, untersagt - was die meisten kulturellen und intellektuellen Einrichtungen des Landes ausschließt.

Die Entschließung des Parlaments ist rechtlich nicht bindend. Und die Gerichte haben viele der lokalen Verordnungen für verfassungswidrig erklärt. Doch für die Befürworter der palästinensischen Freiheit sind die Folgen dennoch verheerend.

Im Jahr 2020 berichtete Haaretz über die Mühen von Nirit Sommerfeld, einer beliebten, in Israel geborenen deutschen Künstlerin, die auf Deutsch und Jiddisch über verschiedene Aspekte der jüdischen Erfahrung in Deutschland singt, darunter auch über die Ermordung ihres Großvaters in Sachsenhausen. Jahrelang hatte sie, wie viele deutsche Künstler, regelmäßig öffentliche Gelder für ihre Auftritte erhalten. Doch 2018 verweigerte das Kulturreferat der Stadt München nach Beschwerden über ihre Israelkritik die Förderung. Ein Club wollte ihr keine Räumlichkeiten vermieten, wenn sie nicht eine Erklärung unterschrieb, in der sie sich verpflichtete, nichts zu sagen, was als

antisemitisch angesehen werden könnte. Etwa zur gleichen Zeit bereitete eine Gruppe israelischer Studenten in Berlin eine Reihe von Online-Vorlesungen an ihrer Kunsthochschule vor, die Teil ihrer internen Lesegruppe mit dem Namen "The School for Unlearning Zionism" waren. Nach Beschwerden, dass die Vorlesungen Antisemitismus im Sinne der Definition des Deutschen Bundestages darstellten, zog die Schule die Finanzierung zurück und schaltete die Website der Studenten ab.

Es gibt zu viele Geschichten wie diese, um sie aufzuzählen. Wochen nach der Entschließung des Bundestages musste der hoch angesehene Direktor des Jüdischen Museums Berlin zurücktreten - trotz eines öffentlichen Briefes zu seiner Verteidigung von mehr als vierhundert Wissenschaftlern der Judaistik -, nachdem rechte Kritiker behauptet hatten, dass eine Ausstellung über die Geschichte Jerusalems der muslimischen Vergangenheit der Stadt zu viel Aufmerksamkeit widme. Dies wurde als möglicherweise antisemitisch ausgelegt, insbesondere nachdem ein Museumssprecher die Bundestagsentschließung kritisiert hatte. Im April dieses Jahres verbot die Berliner Stadtverwaltung vorübergehend einen Protestmarsch gegen die israelische Gewalt in Jerusalem mit der Begründung, er könne den Antisemitismus schüren. Letztes Jahr zog eine deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt ihre Entscheidung zurück, Nemi El-Hassan, eine deutsch-palästinensische Journalistin, als neue Moderatorin einer Wissenschaftssendung zu benennen, nachdem eine rechte Boulevardzeitung ein Foto von ihr bei einer von der iranischen Regierung organisierten pro-palästinensischen Kundgebung in Berlin entdeckt hatte. El-Hassan hatte an der Kundgebung teilgenommen, als sie zwanzig Jahre alt war, und obwohl den Rednern auf der Veranstaltung in der Vergangenheit antisemitische Äußerungen vorgeworfen wurden, hat niemand behauptet, dass sie welche gemacht hat. Nichtsdestotrotz entschuldigte sie sich ausgiebig. Aber das war egal. Nachdem Kritiker herausgefunden hatten, dass sie Instagram-Posts der antizionistischen jüdischen Gruppe Jewish Voice for Peace "geliked" hatte, zog der Sender den Auftrag zurück.

Wenn das alles verrückt klingt, dann ist es das auch. In den Worten von Susan Neiman: "Was in den letzten zwei Jahren herausgekommen ist, ist eine verrückte Sühne." Es ist aus dem Ruder gelaufen, weil die israelische Regierung in Zusammenarbeit mit der deutschen Rechten bestimmen durfte, wie die Deutschen für ihre völkermörderische, antisemitische Vergangenheit büßen sollen. Neiman hat zusammen mit Dische-Becker und der Historikerin Stefanie Schüler-Springorum am vergangenen Wochenende die Konferenz "Hijacking Memory" organisiert, um eine Antwort zu finden. Aber nicht nur die Erinnerung wurde

in Deutschland gekapert. Auch die Versöhnung wurde gekapert.

Viele Deutsche fühlen sich wegen des Holocausts schuldig. Ich bin dankbar, dass sie das tun - wie Neiman geschrieben hat, hat keine Nation mehr Verantwortung für ihre historischen Verbrechen übernommen. Aber die israelische Regierung und ihre deutschen Verbündeten haben den Deutschen gesagt, dass sie den jüdischen Staat verteidigen müssen, weil ihre Vorfahren Juden ermordet haben. Das ist analytisch und moralisch falsch. Es ist analytisch falsch, weil die im Holocaust ermordeten Juden unterschiedliche Meinungen zur jüdischen Staatlichkeit hatten. Viele waren Antizionisten, genau die Ideologie, die der Bundestag für antisemitisch erklärt hat. Es ist moralisch falsch, weil der Holocaust nicht böse war, weil die Nazis Juden (und andere) ermordet haben. Der Holocaust war böse, weil die Nazis Menschen ermordet haben, viele davon waren Juden. Wenn also die heutigen Deutschen eine besondere moralische Verantwortung tragen, weil ihre Nation das größte Verbrechen des zwanzigsten Jahrhunderts begangen hat, dann gilt diese moralische Verantwortung nicht den Juden im Besonderen. Sie gilt der Sache der Menschenwürde. Wenn also deutsche Behörden Deutsche daran hindern, sich für die Würde der Palästinenser einzusetzen - auch durch Boykotte -, dann halten sie nicht die moralische Verantwortung ein, die die Geschichte auferlegt hat. Sie verraten sie.

Viele Deutsche fürchten sich davor, als antisemitisch bezeichnet zu werden. In ihrer Eröffnungsrede auf der Konferenz "Hijacking Memory" zitierte Neiman einen deutschen Wissenschaftler, der erklärte, dass "als Antisemit bezeichnet zu werden, das Schlimmste ist, was einem Deutschen passieren kann". Und wenn es um die Definition von Antisemitismus geht, haben viele nicht-jüdische Deutsche das Gefühl, dass sie sich den Juden beugen sollten. In der Theorie zeugt das von bewundernswerter Demut. Das Problem ist, dass wir Juden uns nicht einig sind, wenn es um die Definition von Antisemitismus geht. Einige Juden haben die Palästinenser so sehr entmenschlicht, dass sie selbst gewaltlose Forderungen nach Gleichberechtigung als Judenhass ansehen. Andere von uns sehen den palästinensischen Freiheitskampf als mit den höchsten Idealen des Judentums vereinbar an. Es gibt keinen jüdischen Konsens. Es gibt lediglich ein Machtungleichgewicht, weil die entmenschlender Israels Regierung kontrollieren, die ein ureigenes Interesse daran hat, Palästinenser ungestraft misshandeln zu können. Und die einflussreichsten jüdischen Institutionen in Deutschland - wie auch in den meisten anderen Diaspora-Ländern - imitieren die Linie der israelischen Regierung. Ein Grund, warum Israel und seine lokalen Verbündeten so hart daran arbeiten, jüdische

Kritiker Israels wie Nirit Sommerfeld auszuschalten, ist, dass diese Kritiker ihren Anspruch untergraben, für die Juden als Ganzes zu sprechen.

Es tut mir also leid, nicht-jüdische Deutsche, wir Juden können euch nicht die Last abnehmen, zu bestimmen, was Judenhass ist und was nicht. Nachdem ihr euch unsere Kakophonie angehört habt, müsst ihr selbst entscheiden. Sie könnten damit beginnen, sich zu fragen, welche Ideale Ihnen am meisten am Herzen liegen. Wenn eines dieser Ideale die Gleichheit vor dem Gesetz ist, dann kann das Eintreten für diese Gleichheit in Israel-Palästina - was bedeutet, einen Staat, der Juden privilegiert, in einen Staat zu verwandeln, der nicht aufgrund von Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion diskriminiert - kein Antisemitismus sein. Sie müssen aufhören, die Deutschen dafür zu bestrafen, dass sie in Israel-Palästina für die gleichen Prinzipien eintreten, die Sie in Ihrem eigenen Land zu schätzen wissen.

Vielleicht glauben einige von Ihnen insgeheim bereits daran. Sie haben einfach Angst. Wer will schon als Judenhasser bezeichnet werden und damit riskieren, seinen Lebensunterhalt, seine Freunde, seinen guten Namen zu verlieren? Ich wünschte sehr, wir Juden, die wir die Rechte der Palästinenser hochhalten, könnten Sie vor solchen Verleumdungen schützen. Wir sind nicht einmal stark genug, um uns selbst zu schützen. Das bedeutet, dass es Mut erfordert, seinem Gewissen zu folgen.

Wenn Sie über die Kosten eines solchen Mutes nachdenken, dann denken Sie vielleicht an den Mut, den es Palästinensern abverlangt, im Westjordanland, in Ostjerusalem oder im Gazastreifen zu protestieren, wenn sie dabei häufig verstümmelt, inhaftiert oder getötet werden. Oder denken Sie an den Mut, den es brauchte, um die moralische Herausforderung anzunehmen, vor der eine frühere deutsche Generation in der dunkelsten Stunde Ihres Landes stand. Wenn die Verbrechen, die Deutschland damals begangen hat, weitaus größer waren als die, die Israel heute begeht, dann war auch der Preis, sich dagegen zu stellen, weitaus höher. Sie riskieren Diffamierung und Entlassung, nicht Gefängnis oder Tod. Wenn Sie Ihre Großeltern dafür verurteilen, dass sie nicht alles riskiert haben, können Sie doch sicher viel weniger riskieren.

Verdienen die Palästinenser Gleichheit und Freiheit? Für mich ist die Bejahung dieser Frage eine Frage der jüdischen Ehre. Vielleicht sollten Sie es angesichts unserer seltsam verwickelten Geschichte auch als eine Frage der deutschen Ehre betrachten.

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version) Engl. Originaltext auf dem Blog:

<https://peterbeinart.substack.com/p/what-germans-owe-palestinians-and?s=r>

„Wir dürfen nicht schweigen...“ Eine Stimme von der kirchlichen Basis von Johannes Maier (29.04.2022)

Vorbemerkungen von Johannes Maier, Leiter des Ökumenischen Gesprächskreises Frieden in der Paul-Gerhardt-Gemeinde Waldkirch-Kollnau, zu einem öffentlichen Seminar (29.04.2022)

Seit mehr als 21 Jahren bin ich Mitglied im Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden, seit einigen Jahren auch in dessen Leitungskreis (LK). Der LK des FFE hat am 13. März 2019 eine Eingabe an die badische Landessynode gesendet, in der es um eine erneute Befassung mit dem Kairos-Palästina-Dokument von 2009 geht. Diese Eingabe wird nun wohl – drei Jahre danach – bei der Frühjahrstagung der Landessynode auch verhandelt werden. Mit den beiden Synodalen des Kirchenbezirks Emmendingen, Rüdiger Schulze und Doris Daute, hatte ich wegen des Themas Kontakt, darüber hinaus mit dem Synodalen Ulrich Reimann, Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald. Unser Friedenskreis, der seit vielen Jahren Vorträge und Gespräche organisiert mit dem Ziel, beizutragen zu einer resilienten Demokratie, hat sich vornehmlich aus zwei Gründen mit dem Israel-Palästina-Konflikt befasst: Zum einen in der Perspektive auf die Frühjahrstagung unserer Synode und deren Beschäftigung mit diesem Thema. Zum anderen in der Perspektive der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe 2022, wo es ebenfalls eine aus unserer Sicht wichtige Rolle spielen wird. Dieses Großereignis im badischen Karlsruhe hat uns als Ökumenischen Gesprächskreis Frieden in der Evangelischen Paul-Gerhardt-Gemeinde Waldkirch-Kollnau (= Friedenskreis) herausgefordert und tut es noch, in einer gewissen Tradition. Wir hatten uns 2012 schon einmal an vier Abenden öffentlich mit dem Kairos-Dokument der palästinensischen Christinnen und Christen auseinandergesetzt.

Nun, 10 Jahre später haben wir uns erneut mit der Israel-Palästina-Thematik befasst, gerade auch weil wir

wissen, dass sich die Lage dort für Palästinenser*innen in diesen Jahren mehr und mehr verschlimmert hat. Drei Abende hatten wir eingeplant, aber einen vierten Abend gebraucht. Nach öffentlicher Einladung über die Presse hatten sich acht Personen gefunden, die sich an der Basis der Gemeinden vor Ort mit diesem gerade auch für Deutsche schwierigen Thema beschäftigen wollten. Fünf davon sind mit uns durch unseren Friedenskreis verbunden. Aber für so ein schwieriges Thema wollte ich als Leiter auch höchstens zehn Personen dabei haben, nicht zuletzt wegen der Corona-Einschränkungen. Die Planung für das Seminar hatte schon Mitte September 2021 begonnen. Die Umsetzung sollte in der Zeit Januar/Februar 2022 erfolgen, was so auch geschah. Im September 2021 gab es das sog. 5-Kirchen-Papier öffentlich noch nicht.

Die beiden wichtigen Materialien, die wir für unser Seminar zugrunde gelegt haben, waren zum einen der 'Cry for Hope' der palästinensischen Christinnen und Christen vom Juni 2020,¹ zum anderen die 'Erklärung der US-amerikanischen UCC-Kirche für einen gerechten Frieden in Palästina-Israel' vom 18. Juli 2021.² Die United-Church-of-Christ (UCC)-Kirche ist Partnerkirche der Evangelischen Landeskirche in Baden. Ökumenisch verbunden dürfen wir uns auch an der Gemeindebasis mit beiden verbunden fühlen.

Das Ergebnis unserer Beratungen haben wir schriftlich niedergelegt. Wir wollen es nicht für uns behalten, da waren wir uns einig. Deshalb möchte ich als Leiter des Seminars das Ergebnis unserer Überlegungen hiermit gerne veröffentlichen.

Ergebnis eines Seminars des Ökumenischen Gesprächskreises Frieden in der Paul-Gerhardt-Gemeinde Waldkirch-Kollnau (02.03.2022)

¹ Der Cry for hope von Kairos Palästina im FFE-Reader zum Diskurs Israel-Palästina, unter B1 Stimmen aus der christlichen Welt S. 34, vgl. den Link: <https://www.ekiba.de/media/download/integration/361602/ffe-reader-zum-diskurs-israel-palaestina.pdf>

² <http://erhard-arendt.de/deutsch/palestina/Anlagen/UCC%20Deutsch%20Generalsynode%202021%20Israel-Pal%C3%A4stina%20Bekanntnis.pdf>

Der Ökumenische Gesprächskreis Frieden in der Paul-Gerhardt-Gemeinde Waldkirch-Kollnau hatte dazu

eingeladen, sich – auf dem Weg zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen' (31.08.-08.09.2022) in Karlsruhe – öffentlich an drei Abenden mit dem Thema Israel-Palästina auseinanderzusetzen. Das Thema wird dort verhandelt werden. Wir haben uns also vor Ort angesprochen gefühlt, uns mit dem Hilferuf unserer palästinensischen Glaubensgeschwister („Cry for hope“) vom Juni 2020 zu befassen. Dieser Hilferuf richtet sich an die Christen in aller Welt. Ausdrücklich werden „Ortsgemeinden, Kirchen und internationale ökumenische Organisationen“ aufgefordert, auf den Ruf aus Palästina zu antworten. Christliche Gemeinden werden aufgerufen, Prozesse in Gang zu setzen mit dem Ziel, die Unterdrückung der Palästinenser*innen durch das israelische Besatzungsregime zum Thema zu machen. In der von westlichen Kirchen vielfach praktizierten Rechtfertigung dieses Unrechts durch Bezug auf die biblischen Landverheißungen im Ersten Testament sehen sie einen Missbrauch der Bibel. Von diesem Missbrauch distanziert sich in eindeutiger Weise etwa die US-amerikanische United-Church-of-Christ (UCC-Kirche). Sie ist Partnerkirche der Badischen Landeskirche. Für uns lag es daher nahe, uns mit ihrer Erklärung vom Juli 2021 zur Frage nach den Bedingungen eines ‚Gerechten Friedens zwischen Israel und Palästina‘ zu beschäftigen.

Wenn es ein Gebot des Evangeliums ist, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, dann sehen wir nicht, dass wir aus Gründen der ‚deutschen Staatsraison‘ zur bedingungslosen Loyalität gegenüber der Politik des Staates Israel verpflichtet wären. Israels Politik eines exklusiven Anspruchs auf das Land Palästina ist mit den Menschenrechten, die universal gelten müssen, nicht vereinbar. Dürfen wir denn heute die Deutung von Seiten der Siedlerbewegung, das Westjordanland sei jüdisches Erbe aufgrund der biblischen Verheißungen im Ersten (= Alten) Testament widerspruchlos hinnehmen? Nein! Wir lehnen eine Haltung ab, die sich völkerrechtswidrig mit Bezug auf die Bibel palästinensisches Land mit Gewalt aneignen will.

Kritik an Israels Politik aus dem jüdischen Gebot der Nächstenliebe heraus. Ein Nachruf auf Rolf Verleger von Arn Strohmeier (11.11.2021)

Die Nachricht vom Tod Rolf Verlegers muss alle, die sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten einsetzen, tief betroffen machen. Mit ihm verlieren wir zudem einen wunderbaren und liebevollen Menschen, den persönlich gekannt zu haben eine große Bereicherung war. Im Januar dieses Jahres hat er mir noch

Merkwürdigerweise scheint die israelische Regierung daran keinen Anstoß zu nehmen. Denn sie lässt immer wieder neu gewähren. Im Grunde unterstützt sie die Siedlerkolonisation durch Genehmigungen immer neuer Siedlungen. Westliche Länder wagen es nicht, derartige Völkerrechtsverstöße zu sanktionieren.

Nun gibt es aber kritische Stimmen, gerade auch jüdische, die Siedlergewalt als nicht vereinbar mit dem überlieferten Glauben des Judentums ablehnen. Sie sehen im national-religiösen Zionismus und dessen politischen Auswirkungen eine Ideologie, die ihre Glaubensüberzeugung diskreditiert und deshalb Gefahr läuft, Hass auf Juden – verallgemeinernd – zu befeuern. Der Grund dafür ist die unverhältnismäßige Gewalttätigkeit, sei es der Siedler, sei es der israelischen Regierung. Wir können uns nicht vorstellen, dass ein Gottesglaube, den Juden, Christen und Muslime miteinander teilen, dazu herangezogen werden darf, eine Bevölkerungsgruppe dazu zu legitimieren, eine andere zu unterdrücken oder zu vertreiben. Allerdings machen wir uns nicht nur Sorgen um die zunehmend schlimmer werdende Lage in den Palästinenser-Gebieten. Als Angehörige eines Landes von dem die Shoah ausging, sind wir besorgt um die Stellung des Staates Israel in der Welt; eines Landes, das heute freundschaftlich mit uns verbunden ist und dessen Existenzberechtigung für uns außer Frage steht. Aus unserer Sicht greift eine ausschließlich israelische Sicherheitsperspektive zu kurz, wenn es für sie nur die Lösung gibt: entweder „wir herrschen“, oder „sie“ tun es. Als Gruppe sind wir davon überzeugt, dass es nur dann für beide Seiten eine gerechte Lösung geben wird, wenn die erforderlichen Verhandlungen sich künftig an Menschen- und Völkerrecht ausrichten. Ein Staat, der seine Sicherheit nur in Kontrolle und Ausschluss eines Teils seiner Bevölkerung sieht, wird zu einem unterdrückerischen Staat mit erstrangigen jüdischen und zweitrangigen nicht-jüdischen Bürgern: Er hat als demokratischer Staat keine Zukunft.

einen langen Brief geschrieben, in dem er auch auf seine Krankheit einging. Der Brief endete mit den Worten: "Ich muss sehr teure Pillen schlucken, und die Ärzte sind guter Stimmung. Mal sehen, wie es weitergeht..." Er hat den Kampf gegen seine Krankheit verloren, er ist nur 70 Jahre alt geworden. Wir haben mit

ihm einen der besten und kenntnisreichsten Mitstreiter für ein Ende der Gewalt und der Unterdrückung in Israel/Palästina verloren. Der Verlust wiegt sehr schwer.

Die Motivation für sein politisches Engagement war das Judentum, so wie er es verstand. Über diese Religion schrieb er: "Das Judentum war über Jahrhunderte eine Ideologie der Befreiung, der Möglichkeit der kommenden Erlösung, der Heilung der Welt durch Gottes Gnade." Das Gebot der Tora "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!" oder in anderer Übersetzung "Liebe Deinen Nächsten - er ist wie Du!" war für ihn die universale Kernaussage dieser Religion. Er zitierte immer wieder den Satz, den der Rabbi Hillel (geb. 70 v.u.Z.) zu einem Schüler auf die Frage nach dem Wesentlichen im menschlichen Leben gesagt hat: "Was Dir verhasst ist, das tu Deinem Nächsten nicht an!". Hillel fügte hinzu: "Das ist die ganze Tora. Der Rest ist Erläuterung."

Dieses Liebes-Gebot hat Rolf Verleger ganz wörtlich genommen, und es war sein Motiv, sich in die israelische Politik einzumischen und einer ihrer entschiedensten Kritiker zu werden. Denn beruflich hatte er als Neurologe gar nichts damit zu tun. Angesichts der unsagbaren Verbrechen, die die Zionisten seit ihrer Einwanderung in Palästina an der indigenen Bevölkerung begangen haben, schrieb er: "Das Judentum, meine Heimat, ist in die Hände von Leuten gefallen, denen Volk und Nation höhere Werte sind als Gerechtigkeit und Nächstenliebe."

Im Juli 2006 fiel Israels Armee erneut in den Libanon ein. Der Kriegsgrund war ein militärisches Scharmützel mit der Hisbollah an der Grenze zum Zedernstaat, bei dem mehrere israelische Soldaten getötet und zwei gefangen genommen wurden. Israel antwortete wie immer mit brutaler und unverhältnismäßiger Gewalt auf den Vorfall. Der Zentralrat der Juden in Deutschland warb daraufhin in großen Zeitungsanzeigen für Solidarität mit der israelischen Kriegspolitik. Rolf Verleger, der Delegierter im Zentralrat war, schrieb aus diesem Anlass einen Brief an die Leitung des Zentralrats - die Präsidentin Charlotte Knobloch, Prof. Dr. Korn und Dr. Graumann. Darin kritisierte Verleger massiv die Parteinahme für Israels Invasion, denn diese Militäraktion werde Israel nicht sicherer, sondern unsicherer machen, weil es sich durch diesen Krieg erneut die Wut und den Hass der Nachbarstaaten zuziehen würde.

Verleger fragte dann in seinem Brief angesichts dieser Gewalteskalation: "Ist das noch dasselbe Judentum, das der Rabbi Hillel mit seiner Aufforderung zur Nächstenliebe meinte?" Und er beantwortete die Frage so: "Das glaubt mir doch heutzutage keiner mehr, dass

dies das ‚eigentliche‘ Judentum ist, in einer Zeit, in der der jüdische Staat andere Menschen diskriminiert, in Kollektivverantwortung bestraft, gezielte Tötungen ohne Gerichtsverfahren praktiziert, für jeden getöteten Landsmann zehn Libanesen umbringen lässt und ganze Stadtviertel in Schutt und Asche legt. Ich kann doch wohl vom Zentralrat der Juden in Deutschland erwarten, dass dies wenigstens als Problem gesehen wird." Und er schloss seinen Brief mit den Worten: "Die israelische Regierung braucht unsere Solidarität. Im Moment ist sie aber auf einem falschen Weg, daher braucht sie von solidarischen Freunden jetzt nicht mehr Waffen oder mehr Geld oder mehr *public relation*, sondern mehr Kritik." Diese Kritik am israelischen Kriegszug und am Zentralrat kam in seiner jüdischen Gemeinde nicht gut an. Er verlor nach diesem Brief sein Mandat als Delegierter für das Zentralratsdirektorium.

Die Politik Israels gegenüber den Palästinensern warf für Verleger die Frage nach der jüdischen Identität auf. Für ihn war völlig klar, dass Israels Gewaltpolitik gegen ein ganzes Volk und der "erstickende" zionistische Nationalismus nichts mit Judentum zu tun haben. Wenn es für ihn eine Identifikation mit Israel geben konnte, dann nur eine solche: "Für mich kann es überhaupt keinen Zweifel daran geben, Jude sein bedeutet, neben dem Stolz auf die jüdische religiöse Tradition, sich dem jüdischen Staat zugehörig fühlen. Und dieses Gefühl der Zugehörigkeit bedeutet, sich dafür einzusetzen, dass dieser Staat Frieden mit seinen arabischen Nachbarn macht, indem er endlich aufhört, die arabischen Palästinenser als Menschen zweiter Klasse zu behandeln."

An die Juden in Deutschland richtete er einen flammenden, aber auch warnenden Apell: "Juden in Deutschland, die ihre jüdische Identität auf diese Weise definieren, als Bekenntnis zur aktuellen Politik des jüdischen Staates, setzen Kritik an Israels Politik gleich mit Verrat am Judentum, denn gemäß dieser Identitätsproblematik gibt es kein Judentum außerhalb der Unterstützung der Politik Israels. Das ist Nationalismus als Identitätsersatz. Das ist nicht gut, denn übersteigter Nationalismus hat schon andere Länder in den Abgrund geführt, und so könnte es auch Israel gehen."

Aus diesem Geist heraus hat sich Rolf Verleger immer wieder mit seinem kritischen Intellekt, seiner humanitären Gesinnung und seinem hohen moralischen Anspruch in die politische Debatte über Israel und den Nahen Osten eingemischt. Seine Stimme, die nun verstummt ist, ist für uns ein unersetzbarer Verlust.

Der Ukrainekrieg aus pazifistischer Sicht von Dr. Theodor Ziegler (09.06.2022)

Vorbemerkung: Der 1901 von dem französischen Juristen Émile Arnaud unter Bezug auf die lateinische Übersetzung des Jesus-Wortes „Selig die Friedensstifter“ (Mt 5,9) – *beati pacifici* – geprägte **Begriff „Pazifist“** hat schon sehr unterschiedliche Ausdeutungen erfahren. Die konsequenteste ist die generelle Ablehnung militärischer Gewalt und nicht nur bestimmter Waffen (z.B. Atom pazifisten) und bestimmter Kriege (z.B. Angriffskrieg). Die persönliche Notwehr oder -hilfe bzw. eine an diesen Maßstäben orientierte rechtsstaatliche Polizei ist davon nicht betroffen.

1. Der **Ukrainekrieg** wurde von Präsident Putin am 24. Februar 2022 unter Bruch des Völkerrechts begonnen. Der zugrunde liegende Konflikt ist **Teil des** seit zwei Jahrzehnten andauernden **Machtkonfliktes zwischen den USA und der Nato einerseits und Russland andererseits**. Die Regelung dieses Konfliktes ist mit der Beendigung des Ukraine-Kriegs aufs Engste verbunden. Gleichfalls fehlt auf beiden Seiten die Einsicht in die je eigenen Konfliktanteile – ein klassisches Beispiel für sicherheitslogisches Denken.
(https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/03/Stellungnahme_Fu%CC%88r-konsequent-friedenslogisches-Handeln_Ukraine.pdf)
2. In Politik und Gesellschaft ist seit Kriegsbeginn medial befeuert ein regelrechter **militärischer Sog** entstanden, dem sich viele Menschen in Politik, Medien und Kirchen nicht entziehen können. KritikerInnen dieser Entwicklung werden der Ponyhof-Theologie, des Lumpenpazifismus, des Egoismus und Zynismus beschuldigt. Der Pazifismus sei zwar zu respektieren, im Moment jedoch keine verantwortliche Handlungsoption.
3. **Versagt hat** jedoch nicht der bislang nirgendwo in Europa praktizierte Pazifismus³, sondern einmal mehr **die militärische, auf Abschreckung basierte Sicherheitspolitik**. Bezüglich der Notwendigkeit militärischer Verteidigungsfähigkeit besteht ein großes Einvernehmen zwischen den allermeisten demokratischen Regierungen mit den schlimmsten Diktaturen. Deshalb ist nicht nur der autokratische Präsident Putin ein erhebliches Problem, sondern auch die weltweit verbreitete **Institution Militär**, samt ihrer ökonomischen und ideologischen Triebfedern und Eigendynamiken.
4. Die immer wieder angesprochene Dichotomie, militärische Verteidigung oder Nichtstun, offenbart, dass sich die **Verantwortlichen** in Politik und Kirchen leider noch **nicht mit den Alternativkonzepten Friedenslogik und Sicherheit-neu-denken als Drittem Weg befasst** haben. (So hat das EKD-Synodalpräsidium eine entsprechende Eingabe aus der badischen Landeskirche im Jahr 2016 zwar angenommen, in ihrer daraufhin im Jahr 2019 veranstaltenden „Friedenssynode“ jedoch nicht als Thema zugelassen.)
5. „Wir werden **so oder so schuldig**“ – dieser Spruch wird zur pauschalen Rechtfertigung der bislang verbotenen Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete zitiert. Bei einer ethischen Entscheidung gilt es jedoch, die **Risiken und Folgen** einer bestimmten Handlung im Lichte der eigenen Wertvorstellungen abzuwägen und sich für das kleinere Risiko zu entscheiden.
 - Mit einer zivilen Selbstbehauptung im Sinne der **Sozialen Verteidigung**⁴ verbunden sind die Risiken Okkupation und Installierung einer kremlhörigen Regierung oder gar die Annexion der Ukraine an Russland. Denkbar sind jedoch auch Unverständnis und ein steigender Unmut in der russischen Bevölkerung bezüglich der Besetzung eines friedlichen, sich nicht militärisch wehrenden Landes sowie ein Überschwappen freiheitlich-demokratischen Denkens und Wollens nach Russland.

³ Die aktuellen PazifismuskritikerInnen meinen mit Pazifismus wohl die frühere relative Zurückhaltung der deutschen Militärpolitik. Diese wurde jedoch seit der Zeit von Verteidigungsminister Wörner vor dreißig Jahren mit Rechtfertigungen wie, „unseren Beitrag leisten“, „Verantwortung übernehmen“, „sich nicht wegducken“, systematisch aufgegeben. Abgesehen davon hat Deutschland seit 1955 eine Armee und ist Nato-Mitglied.

⁴ Das aus den Erfahrungen gewaltfreier Auf- und Widerstände seit den 1950er-Jahren entwickelte Konzept der Sozialen Verteidigung meint eine Verteidigung,

- die von der *Gesellschaft insgesamt* und nicht von einer Armee durchgeführt wird;
- deren *Mittel* den Werten dieser Gesellschaft (z.B. Menschenwürde, Recht auf Leben) entsprechen
- deren *Ziel* nicht vorrangig der Schutz des Territoriums, sondern der an Menschenrechten, Freiheit, Demokratie orientierten Lebensweise ist. Näheres siehe: <https://www.soziale-verteidigung.de/denn-eigentlich-soziale-verteidigung>

- **Mit jedem Verteidigungsschuss** ukrainischer Soldaten gegen die zum Angriff befohlenen russischen Soldaten fühlen diese sich wiederum bedroht und so **schwindet die Einsicht** in das von ihnen begangene Unrecht. Die Gewalt eskaliert.
- Die bisher schon eingetretenen Folgen des **militärischen Abwehrkampfes** sind nach Reuters über 46.000 Tote und an die 600 Mrd. € Schäden an Häusern und Infrastruktur mit steigender Tendenz und damit verbundener Eskalationsgefahr eines schlussendlich nuklear geführten Krieges zwischen Russland und den Nato-Staaten. Hinzu kommen die künftigen Hungertoten in Afrika durch das Ausbleiben der ukrainischen Getreideexporte und erhebliche Turbulenzen in der Weltwirtschaft.
- Während eine verlorengegangene staatliche **Souveränität** nach Jahren wiedererlangt werden kann, ist das **Leben** der Kriegstoten definitiv dahin. Der durch den Krieg entstandene Hass lässt sich, wenn überhaupt, erst in Jahrzehnten überwinden. Auch der Wiederaufbau der Städte und Infrastruktur ist mit einem enormem Zeit- und Geld- und Ressourcenaufwand verbunden sowie mit enormem CO₂-Ausstoß.
- Für Christen geht es zudem um die Entscheidung für oder gegen den Ruf Jesu zur Gewaltfreiheit und deshalb um die **Risiken in der Nachfolge** Jesu oder um die **Risiken des Ungehorsams** gegenüber der biblischen Friedensbotschaft.

Gewiss können der Ukraine von außen keine Vorschriften über die Art und Weise ihrer Souveränitätsverteidigung gemacht werden. Insbesondere ist es für militärisch gerüstete Staaten schwierig, der ukrainischen Unterstützungsbitten nach Waffen nicht nachzukommen. Pazifist*innen jedoch, die jedes Militär grundsätzlich ablehnen, könnten und sollten ihre verbale und praktische **Solidarität fokussieren** auf die humane Hilfe für die ukrainischen Menschen, auf die den Verteidigungskrieg ablehnenden pazifistischen Organisationen in der Ukraine und für die Aufnahme russischer und ukrainischer Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. (<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014216.html>)

Denn wer gibt einer Regierung **das Recht**, männliche Bürger von 18 bis 60 Jahren **zum Kriegsdienst zu zwingen, von denen täglich 60 bis 100 getötet werden** und durch die militärische Verteidigung die Schäden für die Zivilbevölkerung zu vergrößern? Und haben nicht auch russische Soldaten eine unantastbare Menschenwürde und ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit?

6. Dieser Krieg in Europa sollte Anlass geben, über den Sinn militärischer Friedenssicherung grundsätzlich nachzudenken und **vorhandene Alternativkonzepte wie „Sicherheit-neu-denken“ inklusive der Sozialen Verteidigung überhaupt einmal unvoreingenommen wahrzunehmen**. Die Arbeitsgruppe Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung hat am 11. Mai 2022 konkrete Schritte von der Kriegs- zur Friedenslogik aufgezeigt:

(https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/05/Stellungnahme-AG-Friedenslogik-PZKB_Friedenslogik-statt-Kriegslogik-1.pdf)

Im Energiebereich wurde diese Weichenstellung von der fossilen und atomaren zur nachhaltigen Energiegewinnung nach langem Ringen eingeleitet. Im Bereich der Sicherheitspolitik steht eine solche Zeitenwende nach vorne noch aus.

Nicht mit Bonhoeffer! Eine Replik zu Reiner Marquards Gastbeitrag in der Badischen Zeitung vom 6.04.2022 von Manfred Jeub (24.04.2022)

Am 6.12.2001 wandte sich der Dietrich-Bonhoeffer-Verein in einer Pressemitteilung dagegen, dass Dietrich Bonhoeffer neuerdings in Anspruch genommen werde, militärisches Eingreifen zu rechtfertigen. Das hatte am 16.11.2001 der Fraktionsvorsitzende der SPD Peter Struck in jener Bundestagsdebatte getan, von der die Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistankrieg ihren Ausgang nahm. Heute wiederholen sich solche Legitimationsversuche.

Reiner Marquard nimmt zu Beginn ein Diktum Selenskyjs positiv auf: „Kampf gegen das Böse“. Das ist problematisch nicht nur, weil es sich dabei natürlich um eine kriegsübliche Dämonisierung des Feindes handelt, sondern mehr noch, weil Marquard als Theologe wissen kann, wie brandgefährlich es ist, wenn Menschen meinen, den „Kampf gegen das Böse“ in die eigene Hand nehmen zu können, nicht umsonst

vertraut die siebte Bitte des Vaterunsers dies Geschäft Gott an.

„Das Böse“ dient Marquard als Stichwortbrücke zum Satz Dietrich Bonhoeffers „Die große Maskerade des Bösen hat alle ethischen Begriffe durcheinandergewirbelt.“ (DBW 8,21), den Bonhoeffer 1942 auf Hitler bezogen schrieb. So wird unter der Hand Putin mit Hitler gleichgesetzt – wann haben wir uns die Unart der bedarfsgerechten Relativierung der Naziverbrechen endlich abgewöhnt?

Marquard möchte Bonhoeffer als Kronzeugen der Verantwortungsethik gegen den Pazifismus in Stellung bringen, dem es angeblich nur um die „Unbeflecktheit des eigenen Gewissens“ geht, und gibt mit dem titelgebenden vermeintlichen Bonhoefferzitat die Devise aus: **„Mit dem Schlimmen das Schlimmere verhüten“**.

Welch ein grandioses Missverständnis von Bonhoeffers Gedanken!

Denn bei Bonhoeffer steht zu lesen: „Wer es aber unternimmt, in eigenster Freiheit [ursprünglich: freier Verantwortung!] in der Welt seinen Mann zu stehen, wer die notwendige Tat höher schätzt als die Unbeflecktheit seines eigenen Gewissens und Rufes..., der hüte sich, dass ihn nicht gerade seine vermeintliche Freiheit schließlich zu Fall bringe. Er wird leicht in das Schlimme willigen, wohl wissend, dass es schlimm ist, um das Schlimmere zu verhüten und **er wird dabei nicht mehr zu erkennen vermögen, dass gerade das Schlimmere, das er vermeiden will, das Bessere sein kann.**“ (DBW 6,65f. par. DBW 8,22)

Marquard, der Bonhoeffer durch die Brille der allzu simplen Max-Weber-Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik liest, verkehrt Bonhoeffers kritischen Einwand ins gerade Gegenteil. Nur so kann im Namen des Pazifisten Bonhoeffer Waffenlieferungen heute das Wort geredet werden.

„Friedensbewegter Pazifismus kann im konkreten Fall nicht praktisch solidarisch sein...“ schreibt Marquard, für den praktische Solidarität sich anscheinend nicht humanitär, sondern nur militärisch ausdrücken kann. „Im Fall praktischer Solidarität ist zu fragen, ob ein Krieg gerechtfertigt sein kann.“ Marquard zeigt sich an der „Lehre vom gerechten Krieg“ orientiert, was wohl auch erklärt, dass er nicht evangelische Ethiker zitiert, die ihr längst den Abschied gegeben haben, sondern den alten Haudegen Thieliicke und den katholischen Moraltheologen Schockenhoff.

Seit Helmut Schmidt und der Nachrüstungsdebatte wird, wenn es um Krieg und Frieden geht, notorisch

Max Webers Vortrag „Politik als Beruf“ mit seiner polemischen und am Ende von ihm selbst relativierten Entgegensetzung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik ins Feld geführt. Seriös aber diskutiert philosophische Ethik deontologische und konsequentialistische Ansätze. Hier hatte bereits Immanuel Kant eine Schwachstelle des Konsequentialismus aufgezeigt, dass wir nämlich die zukünftigen Folgen des Handelns nie sicher voraussehen können. Die „tatsächliche Folgen“ kennen alle erst hinterher.

Daher ist es eine Vortäuschung falscher Sicherheit, wenn Marquard schreibt: „Verantwortungsethik hingegen richtet sich an den tatsächlichen Folgen einer Handlung aus. Sie kann deshalb keine höchsten Werte propagieren...“ Auch der Nachsatz führt irre. Denn auch eine Verantwortungsethik kommt nicht ohne Werte aus. Marquard hütet sich, im postheroischen Deutschland die Wertbegriffe des ukrainischen Nationalismus wie Ehre und Tod fürs Vaterland direkt aufzunehmen, sondern nennt, etwas gewunden, „territoriale und politische Integrität“ und „Eigenleben des Staates“ als Werte, die das Kriegführen rechtfertigten. Wenn man sie über das Leben stellt und dafür zahllose Menschen opfert, was sind sie dann anderes als „höchste Werte“?

Doch noch einmal zurück zur zentralen Behauptung: **„Prinzipieller Pazifismus zieht die Folgen nicht ins Kalkül“**. Dieses Klischee trifft im derzeitigen Diskurs schlicht und einfach nicht zu für die Position derer, die vor einer militärischen Unterstützung der Ukraine warnen. Vielmehr argumentieren die Stimmen aus der Friedensbewegung gerade mit den Folgen, die realistischere Weise zu befürchten sind: für die Ukraine ein sinnloses Vermehren der Kriegsoffer und -schäden, für Europa und ggf. die ganze Welt die Gefahr einer Eskalation bis hin zu einem Atomkrieg. Denn darin hat Marquard Recht, auch wenn er nicht merkt, dass er ein Argument der Gegner von Aufrüstung und Abschreckung stark macht: Politik ist voll von „irrationalen Faktoren“.

Bonhoeffer, der 1934 den Kirchen der Welt vorschlug, sie sollten den Menschen „im Namen Christi die Waffen aus der Hand nehmen und ihnen den Krieg verbieten“, hat seine Haltung zu Rüstung und Krieg nie opportunistisch revidiert. Auf die „verbreiteten Gemeinplätze, dass man mit der Bergpredigt keine Politik machen könne“ hat er auch zehn Jahre später entgegnet: „Die Bergpredigt ist das Wort dessen, der selbst der Herr und das Gesetz des Wirklichen ist.“ (DBW 6, 229f.)

Geschichte und Frieden Leseempfehlung von Heribert Prantl (26.06.2022)

Das Kriegstagebuch des Alfred Hermann Fried beginnt am 7. August 1914, nach zehn Tagen des Ersten Weltkriegs. Es beginnt so: „Der Krieg lastet wie ein Zentnergewicht auf mir. Als ob alle Lebenswerte erstickt wären. Alles sieht mich an wie die Reste eines Lebens, das ich einmal gelebt und das für immer verloren ist.“ Alfred Hermann Fried, der Autor dieses Tagebuchs, ist heute vergessen; er war ein mutiger Mann - Pazifist, Verleger und Publizist, Gründer der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zeitschrift *Die Waffen nieder!*. Er war enger Mitarbeiter Bertha von Suttners und Friedensnobelpreisträger von 1911. In seinem Tagebuch beschreibt er die Mechanik der Kriegsspirale, die Hetze der Kriegstreiber, die Verketzerung des Kriegsgegners, die Kriegslüsterheit der Presse. Eintrag vom 12. August: „Wir Pazifisten urteilen anders. Wir hassen nicht den Feind, sondern den Krieg, der der Vater all dieser Greuel ist. Sie liegen im System und sind nicht davon zu trennen.“

Fried schreibt mit pointierter Anschaulichkeit. Eintrag vom 1. November 1914: „Die Verirrung, das Hineinfressen in den gegenseitigen Hass wächst im Kubik. Die Lektüre der Zeitungen wird immer widerlicher. In der Wiener ‚Zeit‘ vom 15. November macht einer darauf aufmerksam, dass die Verwendung der Mistelzweige zu Weihnachten eine englische Sitte, infolgedessen verwerflich sei. ‚Die Mistel‘, heißt es, ‚ist das unter den Pflanzen, was die Engländer unter den Völkern sind, eine Schmarotzerpflanze‘.“ Eintrag von 23. März 1918: „Man soll dem Militarismus nicht nachsagen, dass er keinen Sinn für Poesie hat. Am

kalendermäßig ersten Frühlingstag hat das große Morde im Westen eingesetzt. (...) Die wärmende Frühlingssonne wird Felder menschlicher Kadaver bestrahlen. Sie ist da, die von Hindenburg komponierte Symphonie des Endkampfes.“

Mehr als ein Jahrhundert später und unter dem Eindruck der täglichen Nachrichten vom Krieg in der Ukraine fasst einem das Tagebuch ans Herz. Der Pazifismus seines Autors beeindruckt. Ich habe das Tagebuch, das bereits im Jahr 2005 erschienen ist, in die Hand genommen, weil der Pazifismus heute so stumm geworden ist. Das Buch ist in der verdienstvollen Reihe „Geschichte & Frieden“ des Donat-Verlags in Bremen erschienen, die mittlerweile 50 Bände umfasst - unter anderem das Büchlein: „Nicht schießen, wir schießen auch nicht“ über die Versöhnung von Kriegsgegnern im Niemandsland der beiden Weltkriege. Zuletzt hat der Verleger Helmut Donat in seiner Geschichte-und-Frieden-Reihe die Lebenserinnerungen des Philosophen Theodor Lessing herausgegeben. Er wurde 1933 von den Nazis in seinem Exil in Marienbad erschossen. Man darf den 75-jährigen Verleger Donat als einen herausragenden und aufklärerischen Verleger preisen, als einen Verleger in der Nachfolge von Alfred Hermann Fried.

Alfred Hermann Fried: Mein Kriegstagebuch 1914 bis 1919. Herausgegeben von Gisela und Dieter Riesenberger. Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Band 13. Das Buch ist 2005 im Donat-Verlag erschienen, es hat 384 Seiten und kostet 18,80 Euro.

Impressum

Das „**FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden**“ ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878

FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886

<http://www.ekiba.de/html/content/rundbriefe.html>

Konto des FORUM FRIEDENSETHIK: Volksbank Karlsruhe, IBAN: DE76 6619 0000 0010 2899 55

Redaktion: Dr. Dirk-M. Harmsen, Bertha-von-Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe, Tel.: 0721-685289, Fax: 03212-1046739, und Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Tel. 0761-35468